

**Für LoRa, Mi 7.11.12, 19 Uhr:
Buchbesprechung: Harald Bender et al, "Kapitalismus und dann"
Manuskript – incl. der Teile, die ich aus Zeitgründen wegließ**

1. DAS MANUSKRIFT.....	1
1.1 EINLEITUNG.....	1
1.2 ABER GEHEN WIR DAS BUCH „KAPITALISMUS UND DANN?“ DER REIHE NACH DURCH:.....	1
1.2.1 Kapitel 1: Ausgangssituation.....	2
1.2.2 Kapitel 2: Vision einer Ökonomie im Dienste der Menschen.....	3
1.2.3 Kapitel 3: Handlungsfelder einer Solidarischen Ökonomie.....	4
1.2.3.1 Als erstes wird eine neue Finanzordnung hergeleitet,.....	4
1.2.3.2 Ein weiteres wichtiges Handlungsfeld ist das Thema „Eigentum“.....	6
1.2.3.3 Ein weiteres Handlungsfeld ist die partizipatorische Unternehmensverfassung – verbunden mit der Nachhaltigkeitsbilanz, die alle Firmen erstellen müssen.....	7
1.2.3.4 Weitere Handlungsfelder betreffen die Stärkung der Regionen,.....	7
1.2.4 Kapitel 4: Gesellschaftlicher Wandel.....	7
1.3 MEINE MEINUNG ZU DEM BUCH.....	8
1.4 SCHLUSSBEMERKUNG.....	8

1. Das Manuskript

(Die nicht gesendeten Textteile sind grau hinterlegt.)

Zitate aus dem Buch sind unterstrichen.

1.1 Einleitung

Und nun kommen wir wie angekündigt zur Buchbesprechung. Und zwar geht es um das Buch „Kapitalismus und dann? Systemwandel und Perspektiven gesellschaftlicher Transformation“ – von Harald Bender und drei weiteren Autoren, erschienen 2012 im oekom-Verlag, München. Die Verfasser sind Mitglieder der „Akademie Solidarische Ökonomie“, und das Buch ist ein Ergebnis der Forschungsarbeit dieser Akademie.

Es geht also um die sogenannte „Solidarische Ökonomie“. Diese ist als Alternative zum Kapitalismus gedacht und soll nach den Vorstellungen der Autoren die jetzige Wirtschaftsform ersetzen.

Was ist die „Solidarische Ökonomie“? Es ist ein Wirtschaftssystem, das die Nachteile des Kapitalismus – vor allem die Armut und die Existenzangst vieler Menschen und die Krisenanfälligkeit - überwinden will, aber nicht durch Abschaffung des Marktes und Einführung einer Planwirtschaft, sondern durch eine veränderte Marktwirtschaft mit neuen Regeln für das Eigentum, das Finanzwesen und die Unternehmensformen. Die Solidarische Ökonomie ist also ein Vorschlag für eine „Wirtschaftsdemokratie“, ein Begriff, der bereits in den 1920er Jahren geprägt wurde und heute wieder große Aktualität erlangt. Ein anderer, bekannter Vorschlag für eine Wirtschaftsdemokratie ist die von Christian Felber, Attac Österreich, entwickelte „Gemeinwohlökonomie“. Dazu schreiben die Autoren des Buches „Kapitalismus und dann“: [S.10]

Natürlich sind wir nicht die einzigen, die sich an den Entwurf einer neuen Ökonomie herantrauen. In Österreich gibt es beispielsweise ein sehr ähnliches Experiment „Gemeinwohlökonomie“, das durch Christian Felber initiiert wurde. Die hier vorgestellte Version einer Solidarischen Ökonomie hat viele Gemeinsamkeiten mit den Entwürfen von Christian Felber.

Es gibt also Übereinstimmungen zwischen der Solidarischen Ökonomie und der Gemeinwohlökonomie – was erfreulich ist, denn das erhöht die Chance auf ein gemeinsames Vorgehen zur Überwindung des Kapitalismus.

1.2 Aber gehen wir das Buch „Kapitalismus und dann?“ der Reihe nach durch:

Das Buch hat vier Abschnitte: Erstens: Die **Ausgangssituation**; Zweitens: **Vision** einer Ökonomie im Dienste der Menschen, Drittens: **Handlungsfelder** einer Solidarischen Ökonomie, und Viertens: **Gesellschaftlicher Wandel**.

1.2.1 Kapitel 1: Ausgangssituation

Hier erläutern die Autoren die grundlegenden Widersprüche des Kapitalismus, und was sie für die Ursachen dieser Fehlentwicklungen halten. Denn die Solidarische Ökonomie hat den Anspruch, nicht nur die aktuellen Auswüchse des Kapitalismus, wie z.B. die Finanzkrise, zu reparieren, sondern die Wirtschaft an sich „vom Kopf auf die Füße zu stellen“, wie es im Buch heißt. [Zitat S. 10].

Zunächst werden die krassen Widersprüche und Paradoxien aufgelistet, die wir im Kapitalismus antreffen:

- Die **Reichtums-Armutparadoxie**, also die Zunahme der Privatvermögen bei gleichzeitig weitverbreiteter Armut;
- Die **Geldparadoxie**: Damit ist die aufgeblähte Geldmenge gemeint, die an den Finanzmärkten gehandelt wird und die den Geldbedarf der Realwirtschaft weit übersteigt.
- Die **Arbeitsparadoxie**: Hiermit ist der Widersinn gemeint, dass wir trotz Vervielfachung der Arbeitsproduktivität immer noch keine wesentliche Arbeitszeitverkürzung erleben, sondern stattdessen Überarbeitung und Burn-Out für die einen, und Arbeitslosigkeit oder prekäre Jobs für die anderen.
- Die **Umweltparadoxie**, also den unvernünftig hohen Naturverbrauch; und schließlich
- Die **Rüstungs- und Kriegsparadoxie**, also die ständig steigenden Militärausgaben, obwohl der ehemalige Grund für das Wettrüsten, nämlich der Ost-West-Konflikt, schon lange entfallen ist.

Die Autoren erwähnen noch viele weitere üble Merkmale des Kapitalismus.

Und was führen sie als die Ursachen dieser Widersprüche an? Als Hauptursache sehen sie die für den Kapitalismus typische **Akkumulation des Mehrwerts in Privatverfügung** an. Und sie sagen den bedeutsamen Satz: [S. 23]:

Kapitalismus ist nicht gleich Marktwirtschaft.

Dies erläutern sie wie folgt:

Marktwirtschaft ist der Austausch von Waren und Dienstleistungen im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage und kann, wie wir zeigen werden, auch anders als mit kapitalistischen Mechanismen funktionieren.

Kapitalistisch wird die Marktwirtschaft erst durch die Dominanz zweier Prinzipien:

- durch das **kapitalwirtschaftliche Prinzip**, d.h. durch die Mehrung des Kapitals als Ziel des Wirtschaftens, und
- durch das **Privatisierungsprinzip**, d.h. durch das Streben, möglichst alle Wertschöpfung zu privatisieren.

Zusammengenommen erwächst aus diesen beiden Prämissen die **Akkumulation des gesellschaftlich geschaffenen Mehrwerts in Privatverfügung.**

Und wie konnte sich dieses Prinzip in der Marktwirtschaft durchsetzen? Wodurch wurde der Markt zu einem Instrument der Kapitalakkumulation statt zu einem Mittel zur Bedürfnisbefriedigung aller? Dies liegt daran, dass die Erfinder der Marktwirtschaft versäumt haben, den Markt mit den nötigen Regeln zu versehen, die die Divergenz zwischen Arm und Reich verhindern. Das wird in dem Buch wie folgt verdeutlicht: [S. 28]

Sowohl die einfache Logik als auch die Empirie zeigen sehr eindeutig, dass der Markt ohne jede Regelung einer ganz anderen Gesetzmäßigkeit erliegt, nämlich der **disproportionalen Gesetzmäßigkeit des Marktes**: D.h. bei einem nur geringen Anfangsunterschied zwischen dem Stärkeren und dem Schwächeren erwächst im Fortgang gewissermaßen automatisch und unaufhaltsam eine Bevorteilung des Stärkeren und eine Benachteiligung des Schwächeren. Der Stärkere kann aus seinen Vorteilen ständig weitere Vorteile erwirken, die dem Schwächeren ständig weitere Benachteiligungen einbringen – und zwar umso mehr, je stärker der Vorteil durch die Kapitalform entpersönlicht wird und als anonyme Kraft weiter für den Stärkeren wirken kann, dessen Stärke sich darin potenziert.

Das ist eine gute Darstellung unseres falsch geregelten Marktes, in welchem man mit Kapitaleinsatz mehr Geld verdienen kann als durch den Einsatz von Arbeit. Ich würde allerdings in obigem Text die Worte „der Stärkere und der Schwächere“ ersetzen durch die präziseren Worte „die Reichen und die Armen“, denn es ist ja das Geldvermögen, das einem Menschen im Kapitalismus die sogenannte Stärke im Markt verleiht, und es ist die Armut, die uns als „soziale Schwäche“ ausgelegt wird. Aufgabe einer alternativen Wirtschaft ist also, den Markt so zu regulieren, dass die Selbstvermehrung von Kapitaleigentum und die Überlegenheit des Kapitals gegenüber der Arbeit beendet werden.

Und auch der Wachstumszwang des Kapitalismus muss überwunden werden – und das geht nur durch Abschaffung des Kapitalismus, denn – ich zitiere [S. 33]:

Kapitalismus ohne Wachstum fällt um wie ein Fahrrad, das nicht mehr rollt.

Nun aber genug der Kritik. Spannender ist die Frage: Was setzt die Solidarische Ökonomie dagegen? Zunächst einmal eine Vision:

1.2.2 Kapitel 2: Vision einer Ökonomie im Dienste der Menschen

Hier finden wir zunächst ein Zitat von Sven Giegold (Mitbegründer von Attac Deutschland) aus seinem Buch „Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus“ von 2008:

„Solidarität in der Wirtschaft bedeutet, sich an den Bedürfnissen der KooperationspartnerInnen zu orientieren. ... Solidarische Ökonomie kann sich als humane Ergänzung kapitalistischer Marktwirtschaften verstehen oder das Ziel der **Überwindung des Kapitalismus** verfolgen.“

Man kann die Solidarische Ökonomie also als ein Projekt zur **Reform** des Kapitalismus verstehen oder auch als ein revolutionäres Projekt zur **Abschaffung des Kapitalismus**.

Unter „Zielvorstellungen“ einer Solidarischen Ökonomie lesen wir die folgenden zwei Hauptziele [S. 56]:

- 1) Die Abschöpfungs- und Bereicherungsmechanismen überwinden, und
- 2) Die Wirtschaft entschleunigen.

Das bedeutet im Einzelnen:

- Die Akkumulation des Mehrwerts in alleiniger Verfügung der Kapitaleigner überwinden,
- alle am Unternehmen Beteiligten leistungsgerecht am Gewinn beteiligen,
- Ein Finanzsystem und eine Eigentumsordnung schaffen, die leistungslose Abschöpfung unmöglich machen,
- Gesetze und Regeln finden, die die ökologischen und sozialen Folgekosten in der Wirtschaftsrechnung berücksichtigen (Stichwort: Internalisierung der externen Kosten!), und
- eine Welt-Handelsordnung erreichen, die ein Übervorteilen der Schwächeren verhindert und auf ausgeglichene Handelsbilanzen abzielt.

Interessant finde ich hier, wie die Autoren sich bemühen, das altmodische Wort „Ausbeutung“ zu vermeiden und durch das unbelastete Wort „Abschöpfung“ zu ersetzen – wobei aber das Gleiche gemeint ist.

Generell wollen die Autoren kooperatives statt konkurrierendes Verhalten fördern, sowie Demokratie und Mitbestimmung in der Wirtschaft fördern. Denn sie weisen mit Recht darauf hin, dass die Demokratie nicht vollständig ist, solange es in der Wirtschaft die undemokratische Herrschaft derjenigen gibt, die über das Eigentum an Kapital verfügen. Ich zitiere [S.59]:

Die hoch entwickelten Staaten sind stolz auf ihre Demokratie und auf das Zusammenspiel von politischer Freiheit und Demokratie. Das sind kostbare Werte. Umso erstaunlicher ist es, dass Prinzipien und Regeln der Demokratie in dem größten Bereich öffentlichen Lebens, der Wirtschaft, weitgehend ausgeschlossen werden. ... Dies bedeutet eine Unterhöhnung der gesamtgesellschaftlichen Demokratie. ... – Es sind Institutionen und Gesetze zu schaffen, in denen die Partizipation aller am Unternehmen Beteiligten gesichert wird, in der leitende Funktionen in der Wirtschaft den demokratischen Wahlprinzipien unterstellt werden, und eine öffentliche Kontrolle der grundlegenden Wirtschaftsabläufe gesichert ist.

Diese Forderung nach Ausdehnung der Demokratie auf die Wirtschaft ist eine Einschränkung des Eigentumsrechts, vor allem des privaten Eigentums an Produktionsmitteln und Kapital. Daher gilt diese Forderung für viele bereits als typisch sozialistisch. Sogar innerhalb Attac gibt es Kritiker, die diese Demokratisierung der Wirtschaft mit Hinweis auf das hohe Gut des Privateigentums ablehnen. Hier besteht intensiver Diskussionsbedarf.

Die Anhänger der Solidarischen Ökonomie wollen außerdem das Primat der Politik vor der Wirtschaft achten, und eine neue Verfassungsordnung erstellen, in der das Nachhaltigkeitsgebot und das Gemeinwohlgebot für die Wirtschaft festgeschrieben wird.

Am Ende des Kapitels 2 werden die Autoren konkret, indem sie einige gesetzliche Rahmenbedingungen nennen, die in der Solidarischen Ökonomie für kooperatives Verhalten der Marktteilnehmer sorgen sollen [S. 73]:

- Die Unternehmen sollen partizipatorisch geleitet werden. Das heißt, an den grundlegenden Entscheidungen sind wesentliche gesellschaftliche Gruppen wie die Beschäftigten, die Kunden, die Vertreter der Öffentlichkeit und Vertreter der Kapitalgeber beteiligt.
- Die Besteuerung der Unternehmen – oder auch ihre finanzielle Unterstützung durch den Staat – wird von den Werten einer sogenannten „Nachhaltigkeitsbilanz“ abhängig gemacht.

Aggressive Unternehmenspolitik, die den anderen Marktteilnehmern Schaden zufügt, bewirkt eine Verschlechterung der Nachhaltigkeitspunkte und somit steuerliche Nachteile.

- Es soll **regionale Wirtschaftsräte** geben, in denen sich die Unternehmen einer Branche und einer bestimmten Region vernetzen. In diesen Räten können Weichen gestellt werden, die einen konkurrierenden Wettbewerb überflüssig machen.
- Allen Bürgerinnen und Bürgern wird eine **Grundsicherung**, also eine Art Bedingungsloses Grundeinkommen garantiert, das ein würdevolles Leben in der Gemeinschaft garantiert.
- Der Umfang der Erwerbsarbeit pendelt sich auf etwa **20 Arbeitsstunden pro Woche** ein.
- Durch die Grundsicherung und die Arbeitszeitverkürzung wird Raum geschaffen für **ehrenamtliche Tätigkeiten**, für Engagement in der Subsistenzwirtschaft oder für die aktive Teilnahme in den zahlreichen demokratischen Gremien.

In der Summe sollen diese Rahmenbedingungen den konkurrierenden Wettbewerb unattraktiv machen und das kooperative Verhalten fördern.

Man beachte hier die Nennung einer „Nachhaltigkeitsbilanz“, die alle Firmen erstellen müssen. Diese ist eindeutig angelehnt an die bekannte „Gemeinwohlbilanz“, die die Firmen in der Gemeinwohlökonomie erstellen müssen. Hier hat offenbar eine Annäherung der Solidarischen Ökonomie an die Gemeinwohlökonomie stattgefunden.

1.2.3 Kapitel 3: Handlungsfelder einer Solidarischen Ökonomie

Noch konkreter wird es in Kapitel 3. Es beginnt mit einem Schaubild, das die zentralen Handlungsfelder der Solidarischen Ökonomie zeigt, und zwar sehen wir da einen inneren Kreis aus drei Blöcken mit den Bezeichnungen

1. Neue Eigentumsordnung,
2. Partizipatorische Unternehmensverfassung, und
3. Neue Finanzordnung

Um diesen inneren Kreis herum sind fünf weitere Handlungsfelder gruppiert mit den Bezeichnungen:

- Neue Arbeitskultur,
- Leistungsgerechtes Lohnsystem,
- Solidarisches Steuer- und Sozialsystem,
- Ökosoziale Globalisierung und Regionalisierung, und schließlich:
- Ökologische Kreislaufwirtschaft

Diese acht Handlungsfelder werden im Buch detailliert beschrieben. Wir wollen hier aber nur die wichtigsten herausgreifen.

1.2.3.1 Als erstes wird eine neue Finanzordnung hergeleitet,

und zwar in einem der ausführlichsten Unterkapitel des Buches, geschrieben von Harald Bender, mit der Überschrift „Schuldgeld oder öffentliches Kapital – Grundzüge solidarwirtschaftlicher Finanzverfassung“.

Das Kapitel beginnt mit einem Lob der produktiven Kraft des Kapitals: Seit es den Kapitalismus und die Akkumulation des Kapitals gibt, erleben wir eine ungeheure Entfaltung der Produktivkräfte und eine ungeheure Zunahme des materiellen Reichtums. – was sogar Karl Marx zu bewundernden Worten dem Kapital gegenüber veranlasste, wie Harald Bender betont.

Dann präsentiert Harald Bender eine Theorie, woher diese Produktivkraft des Kapitals stammt. Er unterscheidet zwischen [Zitat S. 79]

- a) dem aus vergangener Arbeit gewonnenen und als „Mehrwert“ abgeschöpften Kapital, das der Bereicherung der Anteilseigner oder der Finanzierung neuer Investitionen aus Eigenkapitalmitteln des Unternehmens dient, und
- b) einem neu „geschöpften“ Geldkapital, das der kreditförmigen Finanzierung von Investitionen dient und kein Eigenkapital sondern Fremdkapital darstellt.

Und nun kommt ein etwas seltsamer Schluss von Harald Bender: Er meint, nur die zweite Form des Kapitals, also das frisch geschaffene Geldkapital, wäre die Quelle des ungeheuren Wachstums. Ich zitiere [S. 80]:

- Schon die marxistische Analyse ... hatte gezeigt, dass das ungeheure Wachstum und die exponentielle Steigerung der Arbeitsproduktivität nicht oder allenfalls in einer Anfangsphase der „Ausbeutung“ geleisteter Arbeit abgerungen sein konnte.
- Die volkswirtschaftlich ... umwälzende Kraft des Kapitals beruht stattdessen auf der stetig an Bedeutung gewinnenden zweiten Form: Auf dem „prospektiv“ Mehrwert erzeugenden Finanzkapital an Stelle des „retrospektiv“ aus Mehrwert-Profiten abgeschöpften Kapitals. In Anlehnung an die Unterscheidung von Finanz- und Realwirtschaft kann man das

(zukunftsgerichtete) Finanzkapital also vom (aus der Vergangenheit stammenden) Realkapital unterscheiden.

Ich finde, hier gibt Harald Bender dem Finanzkapital zu viel Ehre. Nach der obigen Aussage wären es also tatsächlich die Finanz-Jongleure mit den von ihnen geschaffenen Wertpapieren, die das eigentliche zukunftsgerichtete Kapital schaffen, sowie die Notenbank und die Geschäftsbanken, die das Geld „schöpfen“. Dabei ist es aus meiner Sicht nach wie vor die menschliche Arbeit, die die neuzeitlichen, modernen Produktionsmittel und Technologien hervorbringt, aus denen sich das Realkapital zusammensetzt, und es ist das Realkapital und nicht das Papiergeld oder Geldkapital, aus denen sich der wahre, materielle Reichtum zusammensetzt.

Aber trotz dieser etwas fragwürdigen Ansicht über die produktive Kraft des Geldkapitals, und über den angeblich rückwärtsgewandten Charakter des Eigenkapitals und des Realkapitals kommt Harald Bender zu faszinierenden Vorschlägen für eine neue Finanzordnung. Und zwar will er die produktive Kraft des Kapitals von seinen destruktiven Mechanismen ablösen und das kapitalwirtschaftliche Prinzip als Ordnungsprinzip von Zukunftsinvestitionen im öffentlichen Interesse einsetzen. Ich zitiere [S. 97]:

Geld soll als wichtiges Instrument des Wirtschaftens genutzt werden. Geld ist in diesem Sinne vor allem ein vorzügliches Tauschmittel und ein allgemein anerkannter Wertmaßstab. Darüberhinaus bleibt es jedermann freigestellt, Geld aufzubewahren, ... Geld kann in einer solidarischen Ökonomie (aber) auch als „Kapital“ im Sinne der Vorfinanzierung künftiger Leistungen genutzt werden. Damit sind allerdings keine Rechte auf eine Gewinnzuteilung oder Verzinsung verbunden. Über die Allokation von Kapital wird letztlich die Gesellschaft entscheiden müssen.

Konkret fordert Harald Bender eine „Reform des Schuldgeldzinses“. Hier unterscheidet Harald Bender zwischen unterschiedlichen Geldformen, nämlich [S. 98]

- a) Dem „Realgeld“: Das ist die Anlage von Rücklagen oder Ersparnissen, die aus realer und somit schon erfolgter Wertschöpfung resultieren, und
- b) dem „Schuldgeld“: Das sind Kredite, die aus neuem und „geschöpftem“ Geld finanziert werden und künftige Wertschöpfungen finanzieren sollen.

Hier wird, wenn ich es richtig verstanden habe, angenommen, dass es sich bei allen Krediten, die man von einer Bank aufnimmt, immer um Geld handelt, das die Bank selber geschöpft oder sich frisch von der Zentralbank geliehen hat. Dabei kann es sich bei dem Geld, das die Bank verleiht, natürlich genauso gut um Ersparnisse oder Rücklagen handeln, die jemand anders bei der Bank angelegt hat. Diese Trennung zwischen „Realgeld“ und „Schuldgeld“ scheint mir etwas willkürlich.

Aber egal – entscheidend ist, was hinten rauskommt, also die Vorschläge, zu denen Harald Bender auf Basis seiner Überlegungen gelangt. Lesen wir weiter [S. 98]:

„Eine wesentliche Fehlfunktion des heutigen Geld- und Finanzsystems besteht darin, Schuldgeld, dessen Gegenwert erst noch erarbeitet werden muss, mit einem Zins zu belegen, der ... einem externen Akteur, nämlich dem Kapitalgeber“ (zufließt).
„Das zinsbasierende System der Schuldgeldfinanzierung ist deshalb grundsätzlich auf das Kriterium der Abschreibung bei entfristeter Tilgung umzustellen.“

Es geht also um die Begrenzung der Zinszahlungen, die die Firmen für Fremdkapital zu zahlen haben. Das klingt gut. Und wie soll das erreicht werden? Wir lesen [S. 100]:

Der übliche Zins kann durch eine einmalige Kreditgebühr ersetzt werden, die vom Kreditnehmer an die Bank gezahlt wird. Die Höhe der einmaligen Kreditgebühr ist abhängig von der Inflationsrate, der aktuellen Knappheit des Geldes und gegebenenfalls der Laufzeit des Kredits. Damit entfällt das exponentielle Wachstum der Zinsschuld.
Die Kreditgebühr ist dabei kein „Preis“, der sich am Markt bildet, und auch keine Risikoprämie. Die Gebühr ist stattdessen die Gegenleistung für die Aufwendungen der Bank für Bonitätsprüfung, für die Prüfung des Investitionsvorhabens und für die Verwaltung des Kredits.

Wir sehen, der Zins verliert hier seine Funktion als „Preis“, der die Nachfrage nach Krediten mit dem Angebot an Kapital auf dem Kapitalmarkt ins Gleichgewicht bringt. Es ist hier – meiner Meinung nach - zu befürchten, dass zwar die Kreditnehmer von andauernden Zinslasten befreit werden, dass aber gleichzeitig das Angebot an Darlehen, die die Bank vergeben kann, ebenfalls zurückgeht, so dass eine Kreditklemme entsteht! Die Firmen werden nicht mehr ausreichend Fremdkapitalkredite bekommen.

Dieses Problem sieht auch Harald Bender, und er hat darauf folgende Antworten:

- Einführung einer Geldhortungsgebühr oder Liquiditätsabgabe nach Silvio Gesell – damit die Sparer ihr Geld auch dann noch auf die Bank bringen, wenn sie keine Zinsen mehr dafür bekommen. [S. 101]

- Verbot der Geldschöpfung durch die privaten Geschäftsbanken. Nur noch die Zentralbank soll das Recht zur Geldschöpfung haben. Die Zentralbank [S. 109] schafft Geld als öffentliches Kapital. Die Geschäftsbanken legen nur Unterkonten dieser Summen öffentlichen Kapitals an. Die so entstehenden „neuen Finanzierungsmittel“ stellen Geld der öffentlichen Hand dar, das an die Unternehmen gegen einen Zinssatz verliehen wird, den die Zentralbank festlegt.

Es ist also Aufgabe der Zentralbank, ausreichend Geldmittel zu schaffen, damit die Nachfrage der Firmen nach Fremdkapital ausreichend befriedigt werden kann.

Und schließlich gibt es ein weiteres wichtiges Element, wie die Firmen von der Zinsbelastung durch Fremdkapital befreit werden sollen: Das ist die „**Neutralisierung des Kapitals**“, wie sie ursprünglich von Ota Šik 1979 vorgeschlagen wurde. Das geht so: Gewinne, die ein Unternehmen erzielt, werden nur noch teilweise als Profite an die Kapitaleigner ausbezahlt – ein Teil der Gewinne verbleibt bei der Firma als „neutrales Kapital“. Dieses Kapital wird keiner Privatperson mehr zugeordnet. Und zwar soll eine Firma umso mehr neutrales Kapital bilden dürfen, je höher ihre Lohnsumme ist, also je mehr Mitarbeiter sie hat. Eine Firma, die viele Arbeitsplätze zur Verfügung stellt, soll also auf Dauer nur noch mit eigenem, neutralem Kapital arbeiten und ist somit von sämtlichen Zins- oder Profitzahlungen befreit.

Ich zitiere [S. 110]:

Diese Abschreibung und **Neutralisierung des Kapitals** ist der entscheidende Punkt, der aus dem Schuldgeldsystem ... hinaus weist. ... Das Konzept des „Neutralen Kapitals“ geht auf Ota Šik, den ökonomischen Vordenker des Prager Frühlings, zurück, der es in seinem Buch „Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein Dritter Weg“ 1979 beschrieben hat. Neutrales Kapital beansprucht keine Kapitalrendite und keinen Zins. Ein Unternehmen, das vollständig mit „neutralem Kapital“ finanziert ist, gehört niemandem und damit „sich selbst“. Öffentliches Kapital ist im Rahmen eines Transformationspfades zu einer nicht renditegesteuerten Ökonomie prädestiniert, zu neutralem Kapital zu werden.
Das hier vorgeschlagene Prinzip ist leistungsgerecht und volkswirtschaftlich produktiv. Durch die Anbindung der Abschreibung an die Wertschöpfung stellt es sicher, dass die öffentlich geschöpften Kapitalmittel ökonomisch nachhaltig eingesetzt werden.

Die Abkehr von der Renditeorientierung wird allerdings zu einem Rückgang des Wachstums und der „wirtschaftlichen Dynamik“ führen. Dies ist aber von den Machern der Solidarischen Ökonomie so gewollt. Sie schreiben: [S. 111]

Es ist ein Schritt auf dem Weg zu einer „Steady State“ Economy stabiler Einkommens- und Güterversorgung, die gleichwohl in ausgewählten Bereichen dynamisiert werden kann, etwa indem mehr Kapital mit zugleich höheren Abschreibungsquoten nach politischen Rahmenvorgaben bereitgestellt wird.

Interessanterweise sollen aber Börsen und der Handel mit Aktien und Firmenanteilen, also Eigenkapital, nicht ausgeschlossen werden. Harald Bender schreibt: [S. 102]

Eigenkapital ist für die meisten Unternehmensformen ein probates Mittel, die eigene Situation „unbürokratisch“ zu verbessern und Wege der kollektiven Selbsthilfe zu erschließen.

Dies ist offenbar ein Unterschied zur Gemeinwohlökonomie, in welcher es Börsen und den Handel mit Aktien ja nicht mehr geben soll.

Soviel zur neuen Finanzordnung.

1.2.3.2 Ein weiteres wichtiges Handlungsfeld ist das Thema „Eigentum“

Eigentum in der Solidarischen Ökonomie soll nicht mehr als Instrument zur leistungslosen Bereicherung und zur Abschöpfung fremder Leistung missbraucht werden können. [S. 122]. Zu diesem Zweck soll z.B. das privatwirtschaftliche Eigentumsrecht durch ein „nutzungsbestimmtes Eigentumsrecht“ ersetzt werden – d.h. dass jemand, der viele Jahre eine Fabrik oder ein Stück Land bewirtschaftet und pflegt, im Laufe der Jahre Miteigentümerrecht erwirbt, während ein Eigentümer, der mit seinem Eigentum nicht selber arbeitet, sondern nur von anderen Geld für die Benutzung des Eigentums kassiert, im Lauf der Zeit seine Eigentumsrechte verliert.

Im Einzelnen werden folgende Schritte vorgeschlagen:

1. **Entprivatisierung von Grund und Boden.** Grund und Boden soll öffentliches Eigentum sein, das nur verpachtet, aber nicht dauerhaft verkauft werden kann.
2. **Gemeinschaftseigentum an der Öffentlichen Daseinsvorsorge:** Wasserversorgung usw. soll in Öffentlicher Hand sein.
3. **Genossenschaftliches Eigentum:** Die meisten Firmen, besonders wenn sie ein gewisse Größe überschreiten, sollen von ihren Mitarbeitern demokratisch geführt werden. Darüberhinaus sollen

auch weitere Betroffene, sogenannte „stakeholders“, über die Firmenpolitik mitentscheiden dürfen, z.B. die Vertreter der Kunden und der regionalen Bevölkerung.

4. **Eigentum an privaten Produktionsmitteln** soll es – zumindest bei kleinen und mittleren Firmen – noch geben. Allerdings soll die Akkumulation des gemeinsam geschaffenen Mehrwerts in privater Hand unterbunden werden. Dies kann durch die bereits geschilderte Neutralisierung des Kapitals erreicht werden: Gewinne fallen nicht wie heute dem Kapitaleigner zu, sondern werden auf einem neutralen Konto gesammelt, das der Firma zugeordnet ist und keinem privaten Eigentümer mehr.

1.2.3.3 Ein weiteres Handlungsfeld ist die partizipatorische Unternehmensverfassung – verbunden mit der Nachhaltigkeitsbilanz, die alle Firmen erstellen müssen.

An dieser Stelle nähert sich die Solidarische Ökonomie stark den Vorstellungen der Gemeinwohlökonomie an. Die Nachhaltigkeitsbilanz [S. 140] hat, wie die Gemeinwohlbilanz, maximal 1000 Punkte zu vergeben, und die Punktevergabe richtet sich danach, wie sozial die Firma mit ihren Mitarbeitern umgeht, ob ökologisch gewirtschaftet wird usw. – Und am Ende soll sich die Kreditvergabe durch das Öffentliche Banksystem an die Firmen danach richten, wie gut die Firmen in der Nachhaltigkeitsbilanz abgeschnitten haben.

1.2.3.4 Weitere Handlungsfelder betreffen die Stärkung der Regionen,

wegen der systemtheoretischen Einsicht, dass ein Gesamtsystem dann am stabilsten ist, wenn es aus selbständigen Teilsystemen besteht, die notfalls auch autark und eigenständig existieren können. Der heutige, übertriebene Welthandel soll also eingedämmt werden zugunsten einer Wirtschaft, die wieder mehr das Subsidiaritätsprinzip anwendet: Alles, was in der Region erwirtschaftet werden kann, soll auch dort gemacht werden.

Die Vorschläge erinnern an die bekannte **Regionalisierung**, wie sie bei Attac München im Arbeitskreis Grundlagen erarbeitet wurde. Und zwar heißt es im Buch „Kapitalismus und dann“: [S. 181]:

Darum muss es wieder legitim und entsprechend geregelt werden, dass sich schwächere Regionen und Märkte durch Schutzzölle und ähnliche Regelungen vor einem Überschwemmt- und Beherrschtwerden von außen schützen können. Das heißt nicht, dass ein internationaler Handel aufgegeben wird. Vielmehr bedarf es internationaler Handelsabkommen, die die schwächeren Regionen und Partner schützen und ihnen chancengleiche oder auch bevorzugte Handelsbedingungen gegenüber stärkeren Partnern einräumen. Das wären die entscheidenden Entwicklungshilfen, mit denen die Schwächeren in ihrer Entwicklung aufholen können und ein Welt-Wohlstandsausgleich möglich wäre.

1.2.4 Kapitel 4: Gesellschaftlicher Wandel

Das letzte Kapitel, „Gesellschaftlicher Wandel“, betrachtet die nötigen Schritte, wie man der Einführung einer Solidarischen Ökonomie näherkommen könnte. Dabei werden vier Richtungen genannt: [Zitat S. 233]

- 1) Es ist auf allen Ebenen der Öffentlichkeit eine vorlaufende **Aufklärungs- und Bildungsarbeit** über die Krise unserer Zeit und über ihre Bewältigungsmöglichkeiten zu betreiben.
- 2) Dabei sind ökonomisch **alternative Systementwürfe** und Modelle zu erarbeiten, wie sie z.B. in diesem Buch skizziert werden.
- 3) Parallel dazu sind **praktische Alternativprojekte**, Inseln und Enklaven einer Solidarischen Ökonomie aufzubauen, in denen alternative Ansätze konkret erprobt werden.
- 4) Und schließlich ist eine breite politische **Bewegungs- und Aktivierungsarbeit** zu fördern, die von unten her den nötigen „Schub“ gibt und bei entsprechender Motivation und Orientierung am ehesten zu einem gewaltarmen transformierenden Übergang beitragen könnte.

Dabei ist es wichtig, die **entscheidenden Hebel** zu erkennen, mit deren Hilfe grundlegende Veränderungen potentiell herbeigeführt werden können. **Einige zentrale „strategische“ Forderungen**, über die in einer alternativen Bewegung Einigkeit erzielt wird, sind wichtiger als ein vollständiger „Programmkatalog“, der viele Details, aber wenig Durchsetzungschancen aufweist.

Den notwendigen Systemwandel wollen die Autoren konkret auf drei Wegen herbeiführen:

- **Praktische, solidarische Projekte** sollen initiiert und gefördert werden.
- Andererseits müssen **gesetzliche Rahmenbedingungen** entworfen werden, die ein dauerhaftes solidarisches Wirtschaften erst ermöglichen. Hierzu gehören gesetzliche Regelungen zu **partizipatorischen Unternehmensstrukturen** (z.B. Genossenschaften) und zu einer neuen **Finanzordnung**.

- Auf der mentalen Ebene ist der Systemwandel durch eine **Öffentlichkeitsarbeit** zu unterstützen, in der die vielen Mythen des Systems entlarvt werden und die realen Möglichkeiten einer neuen Ökonomie im Bewusstsein der Menschen verankert werden.

1.3 Meine Meinung zu dem Buch

Das Buch ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg, eine Alternative zum Kapitalismus zu formulieren, die die positiven Elemente einer geregelten Marktwirtschaft bestehen lässt, aber den Grundfehler des Kapitalismus, nämlich die Herrschaft des Kapitalwachstums über die Bedürfnisse der Menschen, überwinden will. Die Überlegungen zur Solidarischen Ökonomie stellen eine gute Ergänzung dar zu dem Konzept der Gemeinwohlökonomie von Christian Felber.

Ein wenig fehlt mir allerdings noch der Nachweis, dass diese alternative Ökonomie wirklich lebensfähig und wirtschaftlich machbar ist. Konkret stellt sich mir die Frage, wie das öffentliche Bankensystem, das hier vorgeschlagen wird, an die nötigen Gelder kommt, die dann zinsgünstig, ohne Rendite- und Tilgungsforderungen, an die Unternehmen verliehen werden sollen. Die Annahme, dass alleine die Zentralbank ausreichend viel Kreditgeld schöpfen kann, um den Bedarf der Wirtschaft nach Fremdkapital zu decken, scheint mir nicht glaubwürdig.

Vielleicht könnte an dieser Stelle ein Blick auf einen weiteren Vorschlag für eine Wirtschaftsdemokratie helfen, nämlich auf die „Economic Democracy“ des Amerikaners David Schweickart: In seinem Buch „After Capitalism“ schlägt er vor, dass alle Firmen, nachdem sie keine Zinsen mehr an private Kapitalgeber zahlen müssen, zum Dank dafür eine Kapitalnutzungssteuer an die öffentliche Hand zahlen, aus welcher sich die Gelder für zinsgünstige Kredite ergeben. Vielleicht könnte dieser Weg als Ergänzung in die Solidarische Ökonomie mit aufgenommen werden.

Insgesamt ist das Buch eine großartige Zusammenfassung des Wegs, wie wir den Kapitalismus verlassen und zu einer Solidarischen Ökonomie gelangen können.

1.4 Schlussbemerkung

Harald Bender wird übrigens am 26. Januar auf der Attac Winterschule im EineWeltHaus einen Vortrag halten, so dass wir dort mit ihm über die Solidarische Ökonomie diskutieren können. Hier nochmal die Daten des soeben besprochenen Buches: Es hat den Titel „Kapitalismus und dann?“ und ist im oekom-Verlag erschienen zum Preis von 19,95 €

Einen schönen Abend mit Radio Lora wünscht: Achim Brandt.